



MdB Alexander Föhr

Bericht aus Berlin

Juni 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Wochenende fanden in ganz Europa die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, bei uns in Baden-Württemberg auch Kommunalwahlen.

Die Ergebnisse müssen uns nachdenklich stimmen. Natürlich freue ich mich über den Gesamtsieg der Union mit 30 Prozent und über die hohe Wahlbeteiligung. Über 23 Prozent haben jedoch bundesweit links- oder rechtsextrem gewählt. In allen ostdeutschen Bundesländern ohne Berlin ist die AfD stärkste Kraft.

Am Dienstag blieben die Abgeordneten von AfD (bis auf vier) und BSW bei der Rede des ukrainischen Präsidenten Selenskyj dem Bundestag fern. Damit haben Sie noch einmal nachdrücklich gezeigt, dass sie an der Seite Putins, eines Kriegsverbrechers und Diktators, stehen. Ich möchte mir nicht ausmalen, diese Parteien kämen an die Macht. Ob sie einer Rede Putins auch ferngeblieben wären?

Im Bereich Arbeit und Soziales bleibt das von der Ampel eingeführte Bürgergeld ein großes Problem. Die Kosten explodieren und von dem Satz „Arbeit muss sich lohnen“ sind wir weiter entfernt denn je. Deswegen haben wir als Union dazu eine aktuelle Stunde beantragt.

Neuigkeiten gibt es auch bei mir persönlich: Seit dieser Woche bin ich Mitglied im Ausschuss für Gesundheit. Dem Ausschuss für Bildung und Forschung bleibe ich als stellvertretendes Mitglied erhalten.

Mehr erfahren Sie auf den folgenden Seiten, ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Ihr



Kommunal- und Europawahl

Die CDU bleibt stärkste Kraft. Ampel und Scholz wird Vertrauen entzogen.

Die Ergebnisse der Wahlen vom 9. Juni haben deutlich gezeigt: Die Union ist die unangefochtene Europa- und Kommunalpartei in Deutschland. Wir sind so stark wie die Ampel-Parteien zusammen. Damit können wir zufrieden sein.

Der Vertrauensverlust gegenüber der Regierung von Bundeskanzler Scholz ist unübersehbar. Die Wählerinnen und Wähler haben ein klares Signal für einen Politikwechsel gesendet. Für uns bedeutet das Ergebnis, wir sind auf dem richtigen Kurs und müssen weiterhin die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger politisch aufgreifen und Lösungen anbieten – das ist das beste Mittel, um einem Erstarken der extremen politischen Ränder entgegenzuwirken. Diese Regierung hat es mit ihrer Wirtschafts-, Energie-, Sozial- und Haushaltspolitik geschafft, die Menschen in unserem Land tief zu verunsichern. Damit muss endlich Schluss sein.

Auch auf kommunaler Ebene bleiben wir stark: Die Wahlergebnisse in den 12 Städten und Gemeinden unseres Wahlkreises zeigen, dass die CDU stabil mit Tendenz nach oben ist. Herzlichen Glückwunsch an alle gewählten Vertreter! Ein besonderer Dank gilt allen, die für die CDU kandidiert, geworben und uns im Wahlkampf unterstützt haben. Diese Erfolge sind das Ergebnis einer echten Teamleistung.

In den kommenden fünf Jahren werden wir in unserer Region wieder eine Politik der Vernunft, mit Maß und Mitte vertreten. Wir stehen für Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität und Ausgaben disziplin. Unser Ziel ist es, unsere Region zukunftsfest zu machen und dies in einer Weise, die es zukünftigen Generationen ebenfalls erlaubt, ihre Heimat politisch mitzugestalten. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Packen wir es gemeinsam an!

Bild: Tim Reckmann (CC-Lizenz)



Neue Grundsicherung statt Bürgergeld

Sozialpolitik wieder gerecht aufstellen, Kostenexplosion eindämmen

Wir brauchen eine Korrektur in der Sozialpolitik. Richtig ist, dass wir uns um die schwächsten der Gesellschaft und die, die unverschuldet in Not gekommen sind, kümmern müssen. Was die Ampel aber mit dem Bürgergeld gemacht hat, geht in die völlig falsche Richtung und gehört deswegen in meinen Augen dringend abgeschafft. Viele Menschen haben zu Recht den Eindruck, dass sich Arbeit nicht mehr für alle lohnt und die Fleißigen bestraft werden.

Das Bürgergeld wurde zu Beginn des Jahres stark erhöht. Und entgegen den vollmundigen Versprechen von Arbeitsminister Heil hat das Bürgergeld nicht dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Im Gegenteil: Die Zahl der Bürgergeldempfänger steigt steil an und hat einen neuen Höchststand erreicht. Im Mai gab es mehr als 4 Millionen Bürgergeldempfänger. Das sind 82.000 Personen mehr als im Vorjahr. In Deutschland sind 7,3 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter Empfänger von Arbeitslosengeld oder Bürgergeld. Zugleich meldet die Bundesagentur für Arbeit 702.000 offene Arbeitsstellen.

Doch nicht nur bei den Arbeitslosenzahlen hat sich die Ampelregierung vollkommen verkalkuliert, auch die Kosten explodieren. Durch die monatlich gestiegenen Ausgaben kann man davon ausgehen, dass die Mehrkosten für 2024 bei 10 Milliarden Euro liegen. Die Gesamtkosten werden damit auf über 47 Milliarden steigen, im Haushalt sind 37,6 Milliarden vorgesehen. Diese neuen Zahlen haben uns veranlasst, das Bürgergeld zum Gegenstand einer „Aktuellen Stunde“ in dieser Sitzungswoche zu machen. Dem gescheiterten Bürgergeld stellen wir unser Konzept der „Neuen Grundsicherung“ gegenüber. Wir sind der Überzeugung: Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig. Sie hilft dabei, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten bestmöglich einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil: Sie alimentiert und lähmt damit die Eigenständigkeit der Menschen. Sie frustriert die Fleißigen und schwächt damit die Bereitschaft zur Solidarität.

Mit der Einführung des Bürgergelds wurden Anreize gegen eine Arbeitsaufnahme gesetzt. Wir fordern eine Abschaffung des Bürgergelds und die Einführung einer „Neuen Grundsicherung“, um die Anreize zu erhöhen, Arbeit aufzunehmen.

Bild: CDU/Christiane Lang



Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Unternehmen bei der Bürokratie entlasten

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) stellt zahlreiche Unternehmen in Deutschland vor enorme bürokratische Hürden. Bundesminister Robert Habeck hat sich in der vergangenen Woche unserer Forderung angeschlossen, das LkSG für zwei Jahre auszusetzen. Schon 2022 hatte die Union eine Verschiebung des Inkrafttretens um zwei Jahre gefordert, um die Unternehmen durch die großen Herausforderungen nach der Coronapandemie, dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine und steigenden Energiepreisen nicht zusätzlich zu belasten.

Das deutsche Lieferkettengesetz verpflichtet seit dem 1. Januar 2023 Unternehmen ab einer bestimmten Größe, Sorgfaltspflichten in Bezug auf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu beachten. Kürzlich erst hat die EU eine EU-weite Lieferkettenrichtlinie beschlossen. Diese ist innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht umzusetzen. Sie geht in verschiedenen Bereichen über das Lieferkettengesetz hinaus, dazu zählen unter anderem erweiterte Sorgfaltspflichten, zivilrechtliche Haftung und andere Unternehmensgrößen.

Es macht in meinen Augen keinen Sinn, an den Verpflichtungen aus dem deutschen Lieferkettengesetz festzuhalten, während sich die Unternehmen bereits auf die neuen Verpflichtungen aus der Europäischen Lieferkettenrichtlinie vorbereiten. Diese vermeidbare Mehrbelastung hätte einen nicht gerechtfertigten Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen auf dem internationalen Markt zur Folge. Bundesminister Habeck hat erfreulicherweise unsere Forderung aufgegriffen, das deutsche Lieferkettengesetz auszusetzen. Das wäre ein einfacher und dringend erforderlicher Beitrag zum Abbau von Bürokratie und lässt sich mit unserem nun eingebrachten [Gesetzesentwurf](#) schnell umsetzen. So geben wir Minister Habeck die Gelegenheit, seinem eigenen Vorschlag auch mit entsprechendem Stimmverhalten Ausdruck zu verleihen.

Die Doppelbelastung deutscher Unternehmen muss vermieden werden. Es braucht jetzt sofort ein Belastungsmoratorium, damit unsere Wirtschaft aus der Krise findet. Bild: CDU/Christiane Lang



Danke Deutschland

Präsident Selenskyj zu Gast im Deutschen Bundestag

„Ich danke Dir, Deutschland“, war die zentrale Botschaft der Rede des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, vor dem Deutschen Bundestag und appellierte, dass Krieg und Teilung niemals akzeptiert werden dürfen.

Seit 841 Tagen befindet sich die Ukraine im Krieg. Sie wurde von Russland in völkerrechtswidriger und heimtückischer Weise überfallen. Das Regime in Moskau will zurück in eine dunkle Vergangenheit, in dem Krieg und die gewaltsame Landnahme als legitime politische Mittel galten. Ein solch verbrecherisches Auftreten eines Staates dürfen wir nicht dulden. Erst recht nicht, wenn es in unserer Nachbarschaft geschieht – auf unserem europäischen Kontinent.

Es laufen Ermittlungen zu mehr als 133.000 durch Russland begangene Kriegsverbrechen. Russland bombardiert seit vielen Monaten gezielt zivile Infrastruktur in der Ukraine. Die robuste Unterstützung der Ukraine ist richtig. Sie hat meine volle Unterstützung. Unser Ziel muss es sein, die Ukraine dabei zu unterstützen, die von Russland besetzten Territorien zurückzuerobern – in jedem Falle muss sie militärisch in der Lage sein, keinen Diktatfrieden von russischer Seite akzeptieren zu müssen. Das wäre das Ende einer freien und demokratischen Ukraine. Es wäre gleichzeitig eine Ermutigung für das Moskauer Regime, das nächste europäische Land zu überfallen.

Die Extremisten von ganz rechts und ganz links blieben der Rede in weiten Teilen fern. Wie entlarvend! Wer Verhandlungen fordert und selbst nicht einmal den Anstand aufbringt, einem gewählten Staatsoberhaupt zuzuhören, der disqualifiziert sich und seine Partei für jeden weiteren Beitrag in der Debatte. Ein Tiefpunkt parlamentarischer Gepflogenheiten in unserem Land!



MdB Alexander Föhr



Neue Aufgaben im Bundestag

Ernennung zum ordentlichen Mitglied im Ausschuss für Gesundheit

Im Zentrum der Gesundheitspolitik stehen die Patientinnen und Patienten. Die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung ist der Maßstab für die Organisation unseres Gesundheitswesens. Wir wollen vom medizinischen Fortschritt und von den neuen technischen Möglichkeiten profitieren, aber zugleich müssen sich Einnahmen und Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung die Waage halten, muss das Gesundheitssystem bezahlbar bleiben.

Im Ausschuss für Gesundheit werden von der Pflege über die Forschung bis zur flächendeckenden ärztlichen Versorgung alle Themen der Gesundheitspolitik diskutiert und Entscheidungen vorbereitet, um unser Gesundheitssystem an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Es freut mich sehr, hieran ab jetzt mitzuarbeiten. Und es passt zu unserer Region. Wir sind stark in der Gesundheitsforschung, stark in der Gesundheitswirtschaft und stark in der Ausbildung junger Medizinerinnen und Mediziner.



Termine im Wahlkreis

Das war sie, die Doppel-Sitzungswoche des Bundestages. Am heutigen Freitag geht es zurück in den Wahlkreis und direkt in die nächsten Termine: zuerst zu einem Treffen von Weinheimer Unternehmen, anschließend zu gleich zwei Jubiläen auf dem SRH-Campus in HD-Wieblingen. Am Wochenende führen mich verschiedene Termine nach Weinheim (Westadtfest und ein Spiel der Weinheim Longhorns), nach Ladenburg (Schulfest Martinsschule) und natürlich auch nach Heidelberg (Festakt 30 Jahre Neue Synagoge).

Die Woche vom 17. Juni ist eine Wahlkreiswoche, die ich wieder nutzen werde, um mich mit verschiedenen Vereinen, Unternehmen und Verbänden auszutauschen. Neben dem Verein „Hilfe für Selbsthilfe“, der IHK Rhein-Neckar oder der Bundesagentur für Arbeit geht es auch wieder raus, auf die Marktplätze des Wahlkreises, um direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen meiner „Föhr vor Ort“- Tour werde ich am Freitag, den 21. Juni, zwischen 10 und 12 Uhr auf den Marktplätzen in Kirchheim bzw. im Pfaffengrund sein. Kommen Sie gern vorbei, sprechen Sie mich gerne an!

Das darauffolgende Wochenende, bevor es wieder nach Berlin geht, ist für die Familie reserviert. Auch wenn die vielen Begegnungen und Gespräche mir große Freude bereiten, ein Wochenende ohne Termine muss es auch geben dürfen.

Den nächsten Newsletter erhalten Sie am Freitag, den 28. Juni 2024.



MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080